

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn) und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Aktuelle Ausbildungsplatzsituation und Vorstellungen der Bundesregierung

In der letzten Februarwoche 1996 beschloß das Bundeskabinett den „Perspektivbericht Berufliche Bildung“, mit welchem „eine neue Kursbestimmung in der Berufsbildungspolitik vor(genommen)“ werden soll (Pressemitteilung vom 28. Februar 1996).

Am 27. Februar 1996 erklärte der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Dr. Jürgen Rüttgers, gegenüber Pressevertretern, daß im Jahre 1996 620 000 Lehrstellen benötigt würden. Bei einer gleichzeitig geäußerten Prognose wird von einem um 85 000 Ausbildungsplätzen steigenden Bedarf für die nächsten zehn Jahre ausgegangen. Trotzdem äußerte Bundesminister Dr. Jürgen Rüttgers die Hoffnung, daß in diesem Jahr die Zahl der zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätze ausreichend sei.

Wir fragen nun die Bundesregierung:

1. Auf welche Annahmen stützt die Bundesregierung ihre Aussage, daß im Jahre 1996 genug Ausbildungsplätze angeboten werden?
2. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß jeder bzw. jede Ausbildungsplatzsuchende einen seinen bzw. eine ihren Fähigkeiten und Kenntnissen entsprechende Lehrstelle erhalten sollte?

Wenn ja, ist dieses Ziel für 1996 erreichbar?

Wenn nein, welche anderen Kriterien legt die Bundesregierung bei ihrer Annahme, daß 1996 alle Suchenden eine Lehrstelle erhalten, an?

3. a) Auf welche Anhaltspunkte stützt die Bundesregierung ihre Einschätzung, daß die Wirtschaft ihre Zusage, bis 1997 10 % mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, einhält?
- b) Wie viele Ausbildungsplätze sind von der deutschen Wirtschaft seit Abgabe ihrer Erklärung, 10 % mehr Ausbil-

dungsplätze einzurichten, seit welchem Zeitpunkt neu geschaffen worden (absolut und prozentual gegenüber dem Ausgangswert)?

4. a) Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, jährlich zum 1. März aus dem Verhältnis der geschätzten Zahl der Auszubildenden zur geschätzten Gesamtzahl der Beschäftigten eine Quote festzulegen, die zur Sicherung eines auswahlfähigen Angebots (10 % mehr als die absolut notwendigen Stellen) an Ausbildungsplätzen am 30. September des Jahres nötig ist?

Wenn nein, warum nicht?

- b) Welche Großbetriebe hätten eine derartige Quote, wenn sie bereits 1995 zum Kriterium gemacht worden wäre, unterschritten?
5. Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung eine Tendenz, daß sich zunehmend Großbetriebe aus ihrer Pflicht, Ausbildungsstellen anzubieten, verabschieden?

Wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung?

6. a) Wie viele Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland bilden Auszubildende aus (absolut und prozentual)?
- b) In welchen Wirtschaftszweigen liegt der prozentuale Anteil der auszubildenden Betriebe unter, in welchem über dem Bundesdurchschnitt aller Betriebe?
7. a) Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß es voraussichtlich in diesem Jahr keine neue Gemeinschaftsinitiative von Bund und neuen Bundesländern zur Schaffung zusätzlicher überbetrieblicher Ausbildungsplätze geben wird, vor dem Hintergrund der derzeitigen Ausbildungsplatzsituation?
- b) Welches „Signal“ aus dem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern hat die Bundesregierung erhalten, welches Bundesminister Dr. Jürgen Rüttgers als „Ausstieg“ aus der Gemeinschaftsinitiative wertet (ddp 28. Februar 1996)?
8. a) Was veranlaßt Bundesminister Dr. Jürgen Rüttgers zu der Erklärung, daß er künftig wieder von „Lehrlingen“ statt von „Auszubildenden“ reden will (afd 28. Februar 1996)?
- b) Ist Bundesminister Dr. Jürgen Rüttgers der Auffassung, daß in der betrieblichen Berufsausbildung keine Ausbildung stattfindet?
9. a) Welche Pläne verbindet die Bundesregierung mit ihrer Ankündigung, die Vorschriften über die Zulassung von Ausbildern zu lockern (afd 28. Februar 1996)?
- b) Welche Änderungen in der Ausbildereignungsverordnung sollen vorgenommen werden?
- c) Welche pädagogischen Konzepte liegen den geplanten Änderungen zugrunde?

10. a) Welche pädagogischen Konzepte liegen dem Plan der Bundesregierung zugrunde, die bisherige einjährige An-

rechnung des schulischen Berufsgrundbildungsjahres auf die betriebliche Ausbildungszeit auf sechs Monate zu verkürzen?

- b) Sieht die Bundesregierung in diesem Vorhaben eine berufsausbildungsverlängernde Komponente?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja, wie begründet die Bundesregierung ihre Absicht?

Bonn, den 6. März 1996

Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

